



Berlin-Brief

Nr. 334

Neuigkeiten aus der Sitzungswoche
von Josip Juratovic MdB

21. April 2023



Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freundinnen und Freunde,

jede dritte Person in Deutschland ist schon einmal diskriminiert worden – aufgrund des Alters, einer Behinderung, der ethnischen Herkunft oder aus rassistischen

Gründen, wegen des Geschlechts, der sexuellen Identität, der Religion oder der Weltanschauung. Aber nur sechs Prozent der Betroffenen klagen dagegen. Das wollen wir ändern.

Deswegen wollen wir, dass alle Menschen wirkungsvoller vor Diskriminierung geschützt werden. Das setzt voraus, dass die im Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz verankerten Benachteiligungsverbote einfacher durchgesetzt werden können, damit die Betroffenen auch tatsächlich zu ihrem Recht kommen. Im Koalitionsvertrag haben wir deshalb vereinbart, das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz zu reformieren. Welche Aspekte dabei berücksichtigt werden müssen, haben wir in einem Positionspapier zusammengefasst, das wir diese Woche beschließen.

So haben Betroffene bisher nur zwei Monate Zeit, um ihre Ansprüche geltend zu machen. Das ist viel zu kurz. Deshalb fordern wir, diese Frist auf ein Jahr zu verlängern. Da viele Betroffene die zeitliche, emotionale und finanzielle Belastung eines langwierigen Gerichtsverfahrens nicht tragen können oder wollen, setzen wir uns außerdem dafür ein, dass Antidiskriminierungsverbände für betroffene Personen klagen können (sog. kollektiver Rechtsschutz). Zudem sollte ein Verbandsklagerecht eingeführt werden, damit qualifizierte Verbände auch unabhängig von der individuellen Betroffenheit Einzelner einen Verstoß gegen das Diskriminierungsverbot gerichtlich feststellen lassen können. Darüber hinaus wollen wir die Sanktionierung von Verstößen verbessern, Schutzlücken schließen und den Anwendungsbereich auf staatliches Handeln erweitern. Es ist niemandem zu vermitteln, dass private Unternehmen an das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz in Deutschland gebunden sind, öffentliche Stellen aber nicht.

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten stellen uns seit jeher mit aller Entschiedenheit jeder Art von Diskriminierung entgegen. Unser Ziel ist es, allen Bürgerinnen und Bürgern dieselben Chancen und die gleiche Teilhabe zu garantieren. Daher freuen wir uns auch darüber, im Deutschen Bundestag in dieser Woche das Übereinkommen Nr. 190 der Internationalen Arbeitsorganisation über die Beseitigung von Gewalt und Belästigung in der Arbeitswelt zu ratifizieren.

Neben Antidiskriminierung ging es diese Woche auch um mehr Inklusion im Arbeitsleben.

Der Arbeitsmarkt soll allen Menschen offenstehen – egal, ob mit oder ohne Behinderung. Leider drücken sich einige Unternehmen davor, Menschen mit Behinderung einzustellen, obwohl sie dazu verpflichtet sind. Damit sich das ändert, müssen Arbeitgeber, die keinen einzigen schwerbehinderten Menschen beschäftigen, in Zukunft eine höhere Abgabe zahlen.

Konkret führen wir mit dem Gesetz zum inklusiven Arbeitsmarkt, das wir in dieser Woche beschließen, eine vierte Staffel der Ausgleichsabgabe für Arbeitgeber ein. Das heißt: Die sogenannten „Null-Beschäftigter“ zahlen dann 720 Euro monatlich, doppelt so viel wie bisher. Wir ermöglichen damit mehr Menschen mit Behinderung eine Beschäftigung auf dem ersten Arbeitsmarkt und sorgen für mehr Gerechtigkeit.

Außerdem können Arbeitgeber künftig höhere Lohnkostenzuschüsse von der Arbeitsagentur erhalten, wenn sie Menschen mit Behinderung beschäftigen („Budget für Arbeit“). Die Einnahmen aus der Ausgleichsabgabe werden wir vollständig in die Beschäftigungsförderung auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt investieren. Leistungen des Integrationsamtes werden schneller genehmigt, etwa für eine Arbeitsassistenz oder eine Berufsbegleitung.

Mit dem Gesetz machen wir einen großen Schritt in Richtung einer inklusiven Gesellschaft und setzen eine langjährige Forderung der Verbände der Menschen mit Behinderung um, die CDU und CSU immer blockiert haben.

Ihr/Euer

A handwritten signature in black ink, reading "Josip Juratowicz". The signature is written in a cursive style with a long, sweeping tail on the last letter.

Termine

02.
Mai

JVH THW Weinsberg

THW-Unterkunft Weinsberg, Abtsäckerstraße 48, 74189 Weinsberg

Bild der Woche



Es ist immer ein Highlight für mich, wenn ich Bürger*innen aus dem Wahlkreis in Berlin begrüßen darf. Der Blick hinter die Kulissen, wie Politik arbeitet, wie Gesetze zustande kommen und wie meine Arbeit auf Bundesebene aussieht – das zu sehen, ist für unsere Demokratie sehr wichtig.

Vielen Dank, dass ihr da wart! Ich habe mich wirklich sehr gefreut!



Impressum:

Josip Juratovic MdB – Bürgerbüro
Untere Neckarstraße 50
74072 Heilbronn
Tel.: 07131 / 598 72 27
josip.juratovic.wk@bundestag.de

Du möchtest keinen Berlin Brief mehr erhalten? [Hier abmelden.](#)